

THURGAUER FREISINN

Wir machen den Thurgau stark!

Unsere
nächsten Anlässe:



Die Nationalratskandidierenden Hansjörg Brunner, Michèle Strähli, Thomas Leu, Philipp Gemperle und Gabriel Macedo freuen sich über die Doppelkandidatur von Kris Vietze.

Liebe Freisinnige

Menschen aus verschiedensten Berufen, mit einem engen Bezug zur Praxis, mit Weitblick und unterschiedlichen Lebensmodellen bilden das Fundament einer lebendigen Demokratie – und unseres Erfolgsmodells «Schweiz».

Als Partei der Wirtschaft stehen wir in der Pflicht, Wissen, Erfahrungen und Verantwortungsbewusstsein aus dem Beruf in die Politik einzubringen. Auch wenn das teilweise ein Balanceakt ist. Im nationalen Parlament braucht es Selbstständige und Angestellte aus ländlichen Regionen und

urbanen Zentren – auch Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten. Wer gleichzeitig im Beruf und in der Politik Verantwortung übernimmt, muss dazu bereit sein. Letztlich ist es aber ein ganz persönlicher Entscheid.

Unsere Parteileitung traut Gabriel Macedo zu, dass er – sollte er im Herbst als Nationalrat gewählt werden – seine Aufgaben als Stadtpräsident wie auch als Mitglied des nationalen Parlamentes unter einen Hut bringt. Es versteht sich von selbst, dass allfällige organisatorische Anpassungen in der Verwaltung das städtische Budget nicht belasten dürfen und durch das zusätzliche Entgelt

aus der nebenberuflichen Tätigkeit als Nationalrat ausgeglichen werden müssten. So wie das Parlamentsmitglieder aus anderen Berufen – auch andere Stadtpräsidenten vor ihm – schon gemacht haben.

Wir machen uns Sorgen um das über Jahrzehnte bewährte Milizsystem und bedauern, dass mehr und mehr Städte den Exekutivmitgliedern die Möglichkeit verwehren, ihr Engagement mit einem nationalen Mandat zu kombinieren.

Martina Pfiffner Müller,
Vizeparteipräsidentin, Kantonsrätin

Inhalt

- 3–9 Thurgauer Freisinn
- 10 Unsere Schwerpunkte im Wahlkampf
- 11 Sei Teil der FDP-Wahlkampagne
- 12/13 Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis im Doppelinterview
- 14/15 Über 400 Freisinnige kamen in Kreuzlingen zusammen
- 16 Demokratie mit Zukunft – Buch zur Entstehung der modernen Schweiz
- 17 Ausblick auf die Sommersession
- 18 Ja zur OECD-Mindeststeuer
- 19 Für ein wirksames Klimagesetz
- 21 Ein Tag im FDP-Generalsekretariat
- 22 Anne Hiltbold ist neue Staatsrätin in Genf
- 23 Vermischtes



Ohne Mut kein Erfolg

Die Schweiz braucht mehr Freisinn

Liebe Freisinnige

Unsere Partei ist die bürgerlich-liberale Kraft, die Verantwortung für dieses Land übernimmt, anstatt Polemik zu verbreiten. Seit über 175 Jahren basieren der moderne Bundesstaat und das Erfolgsmodell Schweiz auf den liberalen Werten der FDP: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Wir sind die politische Partei, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird. Dazu gehören Gestaltungswillen und Zuversicht. Und es braucht Mut. Ohne Mut gibt es keinen Erfolg!

Sorge tragen zu den liberalen Werten in diesem Land

Wir sorgen für eine krisenfeste Schweiz, damit wir in Sicherheit leben und jederzeit genug bezahlbare Energie haben. Wir kämpfen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, welche die weltweit besten Löhne möglich machen. Wir stehen ein für auch in Zukunft sichere Renten. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen ist das geeignete Instrument dafür und führt aufgrund der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials gleichzeitig zu einer Reduktion der Migration. Wir setzen uns überdies mit pragmatischen und wirkungsvollen Ansätzen für eine hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung ein. Das alles erreichen wir durch eine pragmatische und vorausschauende Politik, die sich an den Realitäten orientiert und nicht die Augen davor verschliesst. Wir lösen die Probleme, anstatt sie zu

bewirtschaften. So lamentieren wir nicht über die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir packen an und präsentieren mit der Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen eine Lösung, die gleichzeitig Antworten liefert gegen den Arbeitskräftemangel und die Finanzierung der Sozialwerke. So machen wir die Schweiz stark!

Die Schweizer Politik braucht mehr Freisinn und liberale Impulse

Wir Schweizerinnen und Schweizer entscheiden am 22. Oktober, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll. Wer eine offene Schweiz wünscht, in der wir weiterhin für die soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln eintreten, wählt FDP. Wer nicht in einem staatlichen Bevormundungs- und Umverteilungsbiotop leben will, wählt FDP. Wer Innovation und Unternehmergeist weiterhin als Wurzel und Ausgangspunkt des Erfolgsmodells Schweiz betrachtet, wählt FDP.

Ich lade Sie ein zum Tag der FDP vom 2. September. Kommen Sie nach Freiburg! Gemeinsam wollen wir die freisinnige Sache feiern und die heisse Phase des Wahlkampfes einläuten.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Mit Kris Vietze in den Ständerat

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verbinden

Die FDP Thurgau will zurück nach Bundesbern. Bereits im Januar wurden sechs topmotivierte Kandidierende mit hervorragenden Leistungsausweisen für die Nationalratswahlen nominiert. Mit Kris Vietze steigt die FDP auch in das Rennen um einen Ständeratssitz. Die Doppelkandidatur der frisch gewählten Präsidentin der IHK Thurgau als National- und Ständeratskandidatin wurde an der Mitgliederversammlung mit stehenden Ovationen beschlossen.

«Es braucht im nationalen Parlament zwingend das liberale Original aus dem Thurgau.» Vizepräsidentin Martina Pfiffner Müller wiederholte an der Mitgliederversammlung in Weinfelden die klare Zielsetzung der Kantonalpartei. Mit einer starken, von

Gewerbepräsident Hansjörg Brunner angeführten Nationalratsliste hatte die FDP Thurgau bereits im Januar ein kraftvolles Zeichen im Hinblick auf die nationalen Wahlen gesetzt. Die FDP will die bestmögliche Mobilisierung erreichen und wird deshalb

auch bei den Ständeratswahlen antreten. Kris Vietze ist auch für diese Kandidatur bereit und bringt hervorragende Voraussetzungen mit. Die neue IHK-Präsidentin ist überzeugt: «Es braucht dringende Reformen. Steigende Kosten überall, eine taumelnde Altersvorsorge, ausufernde Bürokratie und politische Scheindebatten, welche die Wirtschaft lähmen.» Die Rechnung dafür würden alle Bürgerinnen und Bürger zahlen. «Das muss sich ändern.» Die Frauenfelder Kantonsrätin verspricht: «Ich werde mich mit Kraft und Klarheit für einen starken Werkplatz, eine erstklassige Bildung, eine intakte Umwelt, eine sichere Altersvorsorge und einen schlanken Staat mit gesunden Finanzen einsetzen.»

Doppelkandidatur

Der Leistungsausweis und die klaren Worte von Kris Vietze, die seit 2012 im Kantonsrat politisiert, Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission und seit kurzem Präsidentin der IHK Thurgau ist, überzeugte nicht nur die Parteileitung, welche die 54-jährige Wirtschaftsprüferin zur Nomination als Ständeratskandidatin empfohlen hatte. Die Mitinhaberin der Baumer Group wurde von den 74 anwesenden Mitgliedern mit einem langanhaltenden Applaus für die Ständeratswahlen nominiert. Derweil Kris Vietze sowohl für die Ständerats-, wie auch für die Nationalratswahlen zur Verfügung steht, konzentrieren sich ihre Kolleginnen und Kollegen Hansjörg Brunner, alt Nationalrat; Gabriel Macedo, Kantonsrat und Kantonalpräsident; Michèle Strähl, Kantonsrätin; Philipp Gemperle, Bezirkspräsident, und Thomas Leu, Vorstandsmitglied des Thurgauer Hauseigentümerverbandes, auf die Nationalratswahlen. *Mehr dazu auf den Seiten 4 und 5*

Marie-Theres Brühwiler

Fünfmal die Ja-Parole – Vorwärtsdenken statt verhindern

Für **Michèle Strähl** ist klar, dass die OECD-Mindestbesteuerung aus verschiedenen Gründen ein klares Ja verdient. «Die Umsetzung des gemeinsamen Projekts der OECD und der G20 zur Mindestbesteuerung schafft Rechtssicherheit. Die Steuereinnahmen müssen in der Schweiz bleiben und die entsprechenden Mehreinnahmen können für die Standortattraktivität eingesetzt werden.» Die JA-Parole zur OECD-Vorlage fiel einstimmig aus. **Thomas Leu**, Leiter der Fachgruppe «Energie, Mobilität und Raum», bezeichnete das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz (KIG) als ein pragmatisches Rahmengesetz. «Wir verfolgen das Fernziel-Netto-Null bis 2050.» Der Gegen-

vorschlag des Parlamentes zur Gletscherinitiative arbeite mit Anreizen statt mit Verboten. Die FDP-Mitglieder sahen in der Vorlage ebenfalls einen akzeptablen Kompromiss und fassten mit 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung die deutliche Ja-Parole. Das von **Philipp Gemperle**, Präsident der FDP des Bezirks Arbon, vorgestellte Covid-Gesetz, über welches das Schweizer Stimmvolk zum dritten Male abstimmte, fand mit 65 Ja- zu 8 Nein-Stimmen eine ebenso klare Mehrheit. Kantonsrat und Parteipräsident **Gabriel Macedo** bezeichnete die kantonale Energieförderung als eine Erfolgsgeschichte. «Sie ist auf grösstmögliche Wirkung ausgelegt und gleichzeitig auch ein

Wirtschaftsförderungsprogramm.» Das kantonale Energiegesetz erhielt mit 65/8 die grossmehrheitliche Zustimmung. Kantonsrätin **Kris Vietze** stellte das Thurgauer Chancenpaket vor. Die mögliche Investition von 127,2 Millionen Franken aus dem ersten Verkauf von TKB-Partizipationsscheinen hat viel Kreativität freigelegt. Die überparteiliche Kommission unter der Führung von FDP-Kantonsrat Daniel Eugster empfiehlt einstimmig einen Projektkorb mit 20 innovativen Projektideen zur Umsetzung. Die Ja-Parole für die kantonale Vorlage «Verwendung des Agios aus dem Verkauf der TKB-Partizipationsscheine», wurde mit 67 Ja- zu 6 Nein-Stimmen gefasst.

Unsere Nationalratskandidierenden

Wir machen den Thurgau stark!



Hansjörg Brunner

Warum braucht es dich in Bern?

Das Bundesparlament braucht dringend eine Stärkung des bürgerlichen Flügels. Viel zu viel wird um den heissen Brei herum diskutiert und lamentiert. Damit muss Schluss sein! Bewährte bürgerliche Kräfte mit gewerblicher Erfahrung sind jetzt gefragt. Entscheidungsträger, die mit ihrem Engagement Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Als KMU-Vertreter weiss ich aus Erfahrung, was es braucht, um die Wirtschaft erfolgreich voranzubringen.

Was willst du erreichen?

Ich will erreichen, dass die Steuererträge zukünftig vernünftiger und nachhaltiger eingesetzt werden. Ich will gegen die gegenwärtige Schuldenwirtschaft auf dem Rücken kommender Generationen ankämpfen. Erfolgreiche Energie-, Sicherheits- und Umweltpolitik sind untrennbar mit gesunden Finanzen verbunden.

Was tust du dafür?

Seit Jahrzehnten setze ich mich an vorderster Front für eine prosperierende Wirtschaft und die Stärkung des dualen Bildungssystems ein. Dies in der Überzeugung, dass sie der Schlüssel zum Erfolg unserer Gesellschaft sind und der Lebensqualität von Jungen und Alten dienen.

Dein Slogan?

«Politik mit Anstand, Vernunft und Beharrlichkeit!» Für tragfähige Lösungen braucht es breite Abstützung. Nur wem es gelingt, Allianzen über die Parteigrenzen hinaus zu schmieden, kann erfolgreich Politik betreiben.



Kris Vietze

Warum braucht es dich in Bern?

Weil ich Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verbinde. Ich stehe für die liberale Zukunft und kann Brücken bauen, um überparteiliche Mehrheiten für unsere freisinnigen Anliegen zu schaffen. Mit mir geht's vorwärts.

Was willst du erreichen?

Ich will, dass es den Menschen in unserem Thurgau und in unserem Land gut geht. Dazu braucht es eine starke Wirtschaft, eine erstklassige Bildung und eine sichere Altersvorsorge. Flankiert von einer motivierenden Umwelt- und Klimapolitik, gesunden Finanzen und einem schlanken Staat.

Was tust du dafür?

Ich engagiere mich als Kantonsrätin, IHK-Präsidentin, Präsidentin einer sozialen Einrichtung und Mitinhaberin eines Grossbetriebs und einer KMU an vorderster Front für die Thurgauer Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Engagement will ich nach Bundesbern tragen, um die Rahmenbedingungen für unsere Heimat zu verbessern.

Dein Slogan?

«Kraft und Klarheit. Jetzt nach Bern.» Das zeichnet mich aus – und das bringe ich für unseren Thurgau nach Bern.



Gabriel Macedo

Warum braucht es dich in Bern?

Ich möchte mich in Bern unter anderem für die Interessen der untersten Staatsebene einsetzen. Ich sehe mich als erfahrene und gut vernetzte Stimme der Thurgauer Gemeinden und Städte. Die Kommunen verlieren immer mehr an Kompetenzen und Gestaltungsspielräumen, gegen diese Entwicklung möchte ich mich einsetzen. Im Parlament braucht es eine angemessene Vertretung verschiedener Branchen und Regionen.

Was willst du erreichen?

Ich will erreichen, dass zwischen den Gemeinden, Städten und Kantonen wieder mehr Wettbewerb herrscht. Das geht aber nur, wenn nicht alles zentralistisch gesteuert wird und allen Staatsebenen genügend Kompetenzen eingeräumt werden. Ein gesunder Wettbewerb führt auch bei Kommunen zu mehr Innovation.

Was tust du dafür?

Als Stadtpräsident setze ich mich schon heute in vielen Bereichen für die Interessen der Gemeinden und Städte ein. Ich versuche nun auch über den Wahlkampf auf die wichtige Bedeutung der Kommunen aufmerksam zu machen und dass es auch eine Vertretung der untersten Staatsebene in Bern braucht.

Dein Slogan?

«Weniger verbieten, mehr ermöglichen.»

Unsere Nationalratskandidierenden

Wir machen den Thurgau stark!



Michèle Strähl

Warum braucht es dich in Bern?

Weil ich in vielen Bereichen den Grundsatz «weniger ist mehr» verfolge. Ich stehe dafür ein, dass die Eigenverantwortung wieder vermehrt zum Tragen kommt und unsere persönliche und unternehmerische Freiheit hochgehalten werden. Dafür braucht es nicht neue, sondern schlankere Regulierungen und weniger Verbote. Ich bin überzeugt: Für das Gedeihen unserer Schweiz brauchen wir nicht einen starken Staat, sondern eine starke Wirtschaft und eine starke Gesellschaft.

Was willst du erreichen?

Ich setze mich dafür ein, dass der Wirtschaft und der Landwirtschaft stabile Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, auf welche Verlass ist und welche nicht im Jahresrhythmus geändert werden. Demgegenüber braucht es bei den Sozialwerken Veränderungen: Sie sind an die demografische Entwicklung anzupassen und müssen langfristig finanzierbar sein.

Was tust du dafür?

Meinen Werten treu bleiben und authentisch sein. Die Ausübung meines Berufs als Rechtsanwältin, meine Ehrenämter oder der Kontakt zur Bevölkerung bleiben nebst meinem politischen Engagement zentral, damit ich nicht zum politischen Theoretiker verkomme.

Dein Slogan?

«Wähl Strähl!» Bodenständig, liberal, verlässlich.



Philipp Gemperle

Warum braucht es dich in Bern?

Bei mir gibt es kein Wischiwaschi. Gradlinigkeit und Ehrlichkeit sind die Basis für eine verlässliche Politik. Mein Wort zählt. Ich stehe mit beiden Beinen im Leben. Als Familienvater, Turner und Geschäftsleitungsmitglied weiss ich genau, wo der Schuh drückt.

Was willst du erreichen?

Schlanker Staat: Ich kämpfe gegen Überregulierung und Bürokratie. Dazu gehört eine Finanzpolitik, welche die nächsten Generationen nicht belastet.
Zeitgemässe Infrastruktur: Die Bodensee-Thurthal-Strasse (BTS), die Oberlandstrasse (OLS) und eine verlässliche Energieinfrastruktur haben eine hohe Priorität für Wirtschaft und Bevölkerung.

Gute Beziehungen zur EU: Insbesondere der Grenzkanton Thurgau ist auf funktionierende Verträge mit der EU und kurze Wege angewiesen.

Nachhaltige Altersvorsorge: Dem bewährten Drei-Säulen-System unserer Altersvorsorge müssen wir Sorge tragen. Wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung mit einer moderaten Erhöhung des Rentenalters.

Verlässliche Sicherheit: Eine starke Armee mit zeitgemässer Ausrüstung und Ausbildung ist zentral. Vor allem im Bereich Cybersicherheit muss die Schweiz aufrüsten.

Was tust du dafür?

Meine Politik muss nicht allen gefallen. Aber sie muss für alle funktionieren. Ich setze mich im Dialog für mehrheitsfähige Lösungen ein.

Dein Slogan?

«macht, was er sagt»



Thomas Leu

Warum braucht es dich in Bern?

Als Anwalt und Unternehmer bin ich gewohnt, analytisch zu denken und Entscheidungen zu treffen. Komplexe Themen bringe ich auf einen einfachen Nenner. Eine geschickte Verhandlung führt schneller zur Lösung als ein langwieriges Gerichtsverfahren. Dank meiner nebenamtlichen Engagements – als Präsident/Vorstandsmitglied verschiedener Vereine, in einer gemeinnützigen Stiftung oder als ehemaliges Mitglied des Gemeinderates von Bottighofen und als Offizier – bin ich gewohnt, mit und für Menschen zu arbeiten und kenne deren Anliegen. Ich bin im Thurgau aufgewachsen und liebe meine Heimat, deren Interessen ich in Bern mit vollem Engagement verfolgen will.

Was willst du erreichen?

Eigenverantwortung stärken, Überregulierung abbauen, Unabhängigkeit der Schweiz bewahren, Beziehungen zur EU stärken, Energiepolitik ohne Technologieverbote, Lebensarbeitszeit statt starrer Altersgrenzen, massvolles Wachstum, Sicherheit im Verbund mit Partnern.

Was tust du dafür?

Wenn ich anpacke, setze ich alles ein, was ich habe: Meine Rechtskenntnisse, meine 20-jährige Berufserfahrung, meine zur Verfügung stehende Zeit/Freizeit, eigene Mittel, meine Werte. Ich mache keine halben Sachen.

Dein Slogan?

«Selber. Machen. Jetzt.» Einmal losgelassen, findet der Thurgauer Leu kraftvoll und mutig die beste Lösung für alle Beteiligten.



Es braucht das liberale Original

Weniger Bürokratie –
rechtsstaatliche Prinzipien einhalten

Bei der derzeit laufenden Beratung des **Polizeigesetzes** im Grossen Rat gilt es, die weitreichenden Kompetenzen der Polizei nicht ausufern zu lassen und die rechtsstaatlichen Prinzipien einzuhalten. Unsere Kantonsrätinnen **Michèle Strähl** und **Brigitte Kaufmann**, Mitglieder der vorberatenden Kommission, kämpfen zusammen mit ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen gegen unbegründete Eingriffe in die persönliche Freiheit. Bereits in der Vernehmlassung hatte sich die FDP-interne Fachgruppe unter der Leitung von **Simon Krauter** kritisch zum Polizeigesetz geäussert.

Es ist im Sinne der FDP, dass die Arbeit der Polizei gestärkt wird. Problematisch sind jedoch die vorliegenden Bestimmungen, in welchen nicht nur polizeiliche Massnahmen definiert werden, die der Prävention und unmittelbaren Gefahrenabwehr dienen. So geht es unter anderem auch deutlich zu weit, wenn die Polizei jederzeit und immer sämtliche Handys von Bürgerinnen und Bürgern kontrollieren kann. Rechtsanwältin **Michèle Strähl** betont auch die Problematik der Abgrenzung zu den Regelungen der Strafprozessordnung. Das neue Gesetz kann zu nicht verwertbaren Beweisen führen. Das von der FDP in Auftrag gegebene juristische Kurzgutachten bestätigt dies. Es darf nicht sein, dass **Leerläufe in Strafverfahren mit immensen Kostenfolgen** produziert werden. Eine starke, mit zeitgemässen Instrumenten für die moderne Verbrechensbekämpfung ausgestat-

tete Kantonspolizei ist im Interesse der FDP. Bei allen Gesetzen ist der Blick jedoch immer auch auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu richten.

Das totalrevidierte Gastroggesetz, welches vom Grossen Rat verabschiedet wurde, geht auf einen Vorstoss von FDP-Kantonsrätin **Brigitte Kaufmann** zurück. Die **Bürokratie wird abgebaut**, es braucht kein Patent mehr und Bewilligungen können auch für juristische Personen ausgestellt werden. Den aktuellen Entwicklungen in der Gastronomie wird damit Rechnung getragen. Auch das neue Finanzhaushaltsgesetz, welches jetzt neben den bestehenden Regelungen zum Haushaltsgleichgewicht und zur Ausgabenstabilisierung auch einen **geregelten Abbau von Vermögen** berücksichtigt, stand unter FDP-Führung. Mit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, unter Leitung von **Anders Stokholm** wird zudem die Unabhängigkeit der Aufsichtsfunktion verbessert.

Vize-Regierungspräsident Walter Schönholzer und 18 topmotivierte FDP-Kantonsrätinnen und -kantonsräte stehen weiterhin für einen freiheitlichen Thurgau der Chancen, für Eigenverantwortung statt Verboten, gegen Bevormundung und erstarrte Strukturen, für Nachhaltigkeit durch Fortschritt sowie für Kontinuität statt blosser Wahltaktik.

Marie-Theres Brühwiler

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Gut geführt von Fraktionspräsident Anders Stokholm

Ich mag unseren Fraktionspräsidenten sehr. Einverstanden, er ist ein bisschen anders als die anderen. So fällt auf, dass unsere Fraktion immer äusserst gut vorbereitet in den Ratssaal marschiert, was an seiner straffen Führung liegt. Wir haben die traktandierten Geschäfte bereits an der vorhergehenden Sitzung besprochen, unsere Standpunkte eingebracht, unsere Haltung festgelegt, die Mehrheitsverhältnisse geklärt, vielfach sind wir einstimmig – gerne auch gegen die Regierung. Andere Fraktionen beraten die Geschäfte erst am Tag der Grossratssitzung, stossen dabei auf Unklarheiten, die so kurzfristig nicht zu klären sind, und tragen in der Folge einen quasi fraktionsinternen Disput darüber im Parlament aus, weil es an der internen Sitzung zeitlich nicht mehr gereicht hat. Wir von der FDP sitzen dann entspannt – um nicht zu sagen etwas lappig – in unseren Stühlen, lesen die Zeitung, arbeiten am Laptop und denken darüber nach, warum Politik selten mit dem Kopf und meistens mit dem Kehlkopf gemacht wird. Von Selbstkritik nehmen wir uns als Fraktion dennoch nicht aus. Auch bei uns passieren Missgeschicke. Zum Beispiel wenn wir gewisse Dokumente nicht erhalten. Dann behauptet unser Fraktionspräsident allen Ernstes, er hätte nichts bekommen zum Weiterleiten, ver-



mutlich sei mal wieder alles an einen Stokholm mit «ck» geschickt worden! Weiss doch inzwischen jeder, dass er sich anders schreibt.

Brigitte Kaufmann

Veranstaltungshinweis

Für eine erfolgreiche und wirtschaftlich machbare Energiewende braucht es noch sehr viel. Am 14. September 2023, 18.30 Uhr, Rathaus Frauenfeld, zeigen hochkarätige und ausgewiesene Experten auf, welche weiteren Bausteine dafür notwendig sind.

Mehr Informationen: www.fdp-tg.ch

Vorstösse der letzten Wochen: Motion u. a. eingereicht von **Beat Pretali** und **Cornelia Hasler-Roost** «Gesetzliche Grundlagen für die Windenergie im Thurgau schaffen zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung und zum Nutzen für die Thurgauer Bevölkerung.» Einfache Anfrage von **Bruno Lüscher** «Versorgungslage für ambulante, klinische Logopädietherapie».



Der Thurgau – die liberale Hochburg

Begeisterung am Frühlingsfest

Die FDP.Thurgau im Fokus der nationalen Delegierten mit **Bundesrätin Karin Keller-Sutter** und einem begeisternden Frühlingsfest. Bei geselligem Zusammensein auf der Wiese der Bodensee-Arena Kreuzlingen genossen rund 400 Personen interessante, kurze Politiktalks zu aktuellen Themen, musikalische Leckerbissen und Unterhaltungsangebote für Familien. In der Podiumsrunde mit Bundesrätin Karin Keller Sutter, Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkart und Regierungsrat Walter Schönholzer, moderiert von Philipp Gemperle, wurde deutlich klar: Die Freisinnigen sind in dieser Zeit der Krisen, Verwerfungen und Unwägbarkeiten die

Kraft, die konsequent hinsteht und Verantwortung übernimmt. «Wir präsentieren machbare Lösungswege und lavieren nicht. Wir schmieden Kompromisse und sind bereit, im Interesse unseres Landes anderen Parteien gegenüber Hand zu bieten», betonten Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkart. «Wir machen den Thurgau stark – auch indem wir alternative Energien konsequent vorantreiben, um die Stromversorgung zusammen mit dem Bund zu sichern», präziserte der Thurgauer Regierungsrat Walter Schönholzer. Der Kreuzlinger Stadtpräsident Thomas Niederberger und der Konstanzer Ober-

bürgermeister Uli Burchardt bestätigten im Gespräch mit Philipp Gemperle, dass die Zusammenarbeit der beiden Städte über die EU-Grenze hinweg sehr gut funktioniert. Dani Felber, weltbekannter Musiker, wohnhaft in Ermatingen, begeisterte mit Lisa Doby und Reggie Saunders die vielen Gäste, welche den sonnigen Nachmittag mit Freunden und Familien sichtlich genossen. Die Schweizer Meisterinnen der Gymnastik-Gruppe Kreuzlingen rundeten das begeisternde Frühlingsfest mit viel beachteten Darbietungen ab.

Marie-Theres Brühwiler

Mehr Bilder finden Sie auf www.fdp-tg.ch

Öffentliche Veranstaltungen:

- «Demografische Veränderungen – es geht uns alle an»: 22. August 2023 (Organisation FDP TG/Die Mitte TG, BZT Frauenfeld)
- «Sicherheitspolitik»: 11. September 2023 (öffentliche Veranstaltung OP Aadorf)
- «Bausteine einer nachhaltigen Energiewende»: 14. September 2023 (Organisation OP Frauenfeld/FDP TG)

Rückblick und Ausblick:

Die FDP Bichelsee-Balterswil und die FDP Aachthurland blicken auf erfolgreiche Messeteilnahmen am Schaufenster Bichelsee-Balterswil respektive an der GEWEGA Sulgen zurück. Die FDP Münchwilen freut sich auf den Austausch mit der Bevölkerung an der Gewerbemesse Münchwilen (25. bis 27. August 2023)

Gratulationen:

Kris Vietze zur Wahl als Präsidentin der IHK Thurgau.

Thomas Niederberger zur Wahl als Präsident des Verbandes Thurgauer Gemeinden.

Brigitte Kaufmann zur Wahl als Stiftungspräsidentin des Schulmuseums Mühlebach Amriswil.

Aktiv unterwegs

Die Jungfreisinnigen treten mit einer eigenen Nationalratsliste an. Im nächsten «Freisinn» beantworten ihre Kandidatin und ihre Kandidaten die gleichen Fragen wie ihre Pendanten der Mutterpartei in dieser Ausgabe. Am Frühlingsfest der FDP engagierten sich die Jungfreisinnigen beim Familienprogramm. On Tour sind sie auch für die aktuellen Abstimmungsvorlagen. Ebenso steht derzeit das Netzwerken in Thurgauer Wirtschaftsbetrieben auf dem Programm.

Mehr Informationen: [//jftg.ch](http://jftg.ch)

Wir sind nicht links oder rechts.

Sondern vorne.

Die Städte und Gemeinden haben gewählt. 60 Prozent der Stadtpräsidenten in unserem Kanton und rund 25 Prozent aller Stadt- und Gemeindepräsidenten werden von FDP-Persönlichkeiten geführt. An der Spitze der drei einflussreichsten Thurgauer Verbände stehen FDP-Persönlichkeiten. Fazit: Die FDP übernimmt Verantwortung – und man traut diese den Freisinnigen auch zu!

Bezirk Arbon



Gabriel Macedo
Amriswil,
Stadtpräsident
bisher



Nicole Egli-Soller
Amriswil
Stadträtin
neu



Samuel Svec
Amriswil
Stadtrat
neu



René Walther
Arbon
Stadtpräsident
bisher



Andrea Roth
Egnach
Gemeinderat
neu



Reto Sproll
Egnach
Gemeinderat
neu



Philipp Schenk
Hefenhofen
Gemeinderat
neu



Thierry Kurtzemann
Horn
Gemeindepräsident
neu

Bezirk Arbon



Jürg Lengweiler
Roggwil
Gemeinderat
neu



Philipp Gempeler
Romanshorn
Stadtrat
bisher



Patrik Forrer
Salmsach
Gemeindepräsident
neu



Thomas Krois
Uttwil
Gemeinderat
bisher



Klemen Vehovec
Uttwil
Gemeinderat
bisher



Ueli Oswald
Berlingen
Gemeindepräsident
bisher



Kevin Kern
Diessenhofen
Stadtrat
bisher



Heidi Springmann
Eschenz
Gemeinderätin
bisher

Bezirk Frauenfeld

Bezirk Frauenfeld



Anders Stokholm
Frauenfeld
Stadtpräsident
bisher



Fabrizio Hugentobler
Frauenfeld
Stadtrat
bisher



Daniel Widmer
Gachnang
Gemeinderat
bisher



Monika Ribi-Bichsel
Mammern
Gemeinderätin
bisher



Stefan Hanselmann
Müllheim
Gemeinderat
bisher



Urs Forster
Müllheim
Gemeindepräsident
bisher



Marianna Frei
Schlatt
Gemeindepräsidentin
bisher



Lutfi Lokmani
Steckborn
Stadtrat
bisher

Bezirk Frauenfeld

Bezirk Kreuzlingen

Bezirk Münchwilen



Roman Donatsch
Steckborn
Stadtrat
neu



Urs Tobler
Ermatingen
Gemeindepräsident
bisher



Andreas Thurnheer
Ermatingen
Gemeinderat
neu



Thomas Niederberger
Kreuzlingen
Stadtpräsident
bisher



Michael Krautter
Münsterlingen
Gemeinderat
bisher



Dario Zimmermann
Münsterlingen
Gemeinderat
bisher



Markus Ellenbroek
Tägerwilen
Gemeindepräsident
bisher



Monika Roost-Brunner
Aadorf
Gemeinderätin
bisher

Bezirk Münchwilen



Michel Gehring
Aadorf
Gemeinderat
neu



Lukas Kurmann
Aadorf
Gemeinderat
neu



Dario Hollenstein
Bichelsee-Balterswil
Gemeinderat
bisher



Peter Meier
Eschlikon
Gemeinderat
bisher



Markus Hirzel
Fischingen
Gemeinderat
bisher



Nadja Stricker
Münchwilen
Gemeindepräsidentin
bisher



Daniel Rogg
Münchwilen
Gemeinderat
neu



Michael Bebie
Rickenbach
Gemeindepräsident
neu

Bezirk Münchwilen



Kevin Bögli
Rickenbach
Gemeinderat
neu



Marco Burri
Sirnach
Gemeinderat
bisher



Thomas Goldinger
Wängi
Gemeindepräsident
bisher



Daniel Dema
Wängi
Gemeinderat
bisher



Peter Stern
Birwinken
Gemeindepräsident
bisher



Pascale Fässler
Bischofszell
Stadträtin
bisher



Max Staub
Kradolf-Schönenberg
Gemeinderat
bisher



Dominik Bosshart
Kradolf-Schönenberg
Gemeinderat
bisher

Bezirk Weinfelden



Andreas Opprecht
Sulgen
Gemeindepräsident
bisher



Werner Herrmann
Sulgen
Gemeinderat
bisher



Dominique Bornhauser
Weinfelden
Stadträtin
neu



Martin Brenner
Weinfelden
Stadtrat
bisher



Martin Imboden
Wuppenau
Gemeindepräsident
bisher



Christian Hinterberger
Zihlschlacht-Sitterdorf
Gemeindepräsident
bisher



Roger Fanetti
Zihlschlacht-Sitterdorf
Gemeinderat
bisher

Bezirk Weinfelden

Arbon

- Isabelle Fuchs, neu
- Riquet Heller, bisher
- Christine Schuhwerk, bisher
- Cyrill Stadler, bisher
- Silke Sutter Heer, bisher

Frauenfeld

- Claudio Bernold, bisher
- Reto Brunschweiler, bisher
- Sandro Erné, bisher
- Robin Goldinger, bisher
- Stefan Vontobel, bisher
- Kathrin Widmer Gubler, bisher

Kreuzlingen

- Ana Brändli, neu
- Christian Brändli, bisher
- Silvia Cornel, neu
- René Knöpfli, bisher
- Marc Portmann, bisher
- Fabrizio Ribezzi, bisher
- Alexander Salzmann, bisher

Weinfelden

- Simon Engeli, bisher
- Tobias Greminger, bisher
- Markus Schönholzer, bisher
- Michèle Strähl, bisher

Wir wünschen allen Gewählten viel Erfolg!

Parlamentswahlen

So erfolgreich die FDP bei den kommunalen Majorzwahlen war, so ernüchternd die Ergebnisse bei den Parlamentswahlen. Nur gerade in Frauenfeld konnten die sechs Sitze gehalten werden. In Arbon, Kreuzlingen und Weinfelden verliert die FDP je einen Sitz.

Anzeige





Stark im Immobilienverkauf

Wollen Sie schnell und sicher Ihr Haus, Ihre Wohnung verkaufen? Mit Erfahrung, Fingerspitzengefühl und lokalen Kenntnissen vermitteln unsere professionellen Liegenschaftsexperten Immobilien in Ihrer Region.
Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Fleischmann Immobilien AG
Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch

Unsere Prioritäten für eine starke Schweiz

Wahlkampfthemen der FDP

In den letzten Jahren haben mehrere Krisen die Schweiz erschüttert. Wir wurden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gilt es zahlreiche Reformen anzupacken, um die Schweiz finanzpolitisch wieder auf Kurs zu bringen. Die Schweiz braucht dringend mehr Realitätssinn statt Wunschdenken. Nur so ist es möglich, dass auch noch unsere Enkelkinder in Freiheit und Wohlstand leben.



**Wirtschaft stärken,
Wohlstand sichern**

Die FDP kämpft für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen. Wir stehen für einen freien, weltweiten und wettbewerbsorientierten Markt ein, der Leistung belohnt. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung gleich langer Spiesse, ermöglicht den Zugang zu internationalen Märkten und sorgt für Rechtssicherheit. Staatliche Eingriffe sind zu vermeiden.

Zur Freiheit gehört Verantwortung

Die FDP erwartet dafür von Unternehmen eine umsichtige Führung – zur Freiheit gehört Verantwortung. Ein attraktiver Arbeitsplatz und Forschungsstandort ist die beste Garantie für verlässliche Steuereinnahmen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die FDP schützt darum unsere Standortfaktoren vor linken Einschränkungen, vor rechtsnationaler Abschottung und gegen den Druck aus dem Ausland: Wir stehen ein für einen liberalen Arbeitsmarkt, gelebte Sozialpartnerschaft, stete Aus- und Weiterbildungen, tiefe Steuern, leistungsfähige Infrastrukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat.

Mehr Infos



**Sicherheit stärken,
Abhängigkeit reduzieren**

Die FDP kämpft für eine umfassende Sicherheit, damit die Schweizerinnen und Schweizer ihren Alltag sorgenfrei leben können. Dazu zählen die innere Sicherheit, wie Verteidigungsfähigkeit, sowie die wirtschaftliche Versorgungssicherheit. Wir stehen zu einer glaubwürdigen, modern ausgerüsteten Milizarmee, die verstärkt mit der NATO kooperiert und sich auf die veränderte Bedrohungslage ausrichtet.

Stromproduktion ausbauen

Der Spielraum der Neutralität soll genutzt werden, ohne deren rechtlichen Kern zu verletzen. Eine verlässliche und bezahlbare Energie- und Stromversorgung hat für die FDP Priorität. Gerade darum gilt es, die unerlässliche Dekarbonisierung mit realistischen Annahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten voranzutreiben. Gleichzeitig führt kein Weg an einem massiven und raschen Ausbau der Stromproduktion vorbei.

Mehr Infos



**Altersvorsorge sichern
und Prämienexplosion
vermeiden**

Die FDP kämpft für sichere Renten und mehr Generationengerechtigkeit. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine faire Rente erhalten. Heute, aber auch noch morgen. Wir wollen Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute ist der Rentenabbau von morgen. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen weist in die richtige Richtung. Wir stehen für eine Modernisierung der Altersvorsorge, ein flexibles Rentenalter und vor allem für das bewährte 3-Säulen-System.

Eigenverantwortung stärken

Immer mehr Umverteilung führt in eine sozialistische Sackgasse. In der hochreglementierten Gesundheitspolitik gilt es, die Eigenverantwortung gezielt zu stärken und weiteren Verstaatlichungen mutig entgegenzutreten. Die FDP steht zur Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten, will Fehlanreize konsequent reduzieren und Qualitätswettbewerb fördern. Die Digitalisierung trägt dazu bei, dass mehr Zeit für Menschen statt für Administratives zur Verfügung steht.

Mehr Infos





FDP
Die Liberalen

«Dein persönliches Engagement macht den Unterschied»

Nationalrat Philippe Nantermod
Vizepräsident und Wahlkampfleiter

So mache ich
ich Schweiz stark!



FDP
Die Liberalen

«Musik ist der beste Teamsport der Welt»

Christian Siegenthaler
Musik Frohsinn Oberburg

So mache ich



FDP
Die Liberalen

«Jugendlichen ein bereicherndes Hobby bieten»

Lukas Aecherli,
im Vorstand des Schweizer
Jugendmusikverbands

So mache ich
ich Schweiz stark!

Wir wollen Anpackerinnen und Anpacker

Mitmach-Kampagne der FDP



QR-Code
scannen und
Testimonial
bestellen.

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» trifft nicht nur auf unsere Bundesräte, unsere Kantonsrätinnen oder Schulpfleger zu. Das Motto passt zu allen Freisinnigen! Denn alle, die täglich anpacken und ihr Bestes geben, leisten für unser Land ein wertvolles Engagement. Gemeinsinn, der die Schweiz stark macht. Deshalb stehen unsere Mitglieder im Zentrum unserer Mitmachkampagne.

Die FDP lädt alle Sympathisantinnen und Mitglieder ein, anzupacken und sich an unserer Mitmachkampagne «So mache ich die Schweiz stark» zu beteiligen. Ziel ist, mit der Bevölkerung unaufgeregt, aber selbstbewusst und stolz in Erinnerung zu rufen, wie Freisinnige von Arbon über Bulle und Chiasso bis nach Zernez durch ihr tagtägliches Engagement einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Ziel ist es, aufzuzeigen, dass jeder auch so kleine Einsatz wertvoll und wichtig ist – und unsere Schweiz stark macht.

Freisinnige Vielfalt

Mit dieser Mitmachkampagne unterstreichen wir auch, wie, wo und in welcher Vielfalt Freisinnige Verantwortung übernehmen. Wir zeigen über unser Tun, wer wir sind und für was wir stehen. So wird unser Motto durch die Mitglieder zum Leben erweckt, mit Emotionen und Ideen gespickt und bei den Stimmberechtigten bekannt. Unsere Sympathisantinnen und Mitglieder sind damit ein unver-

zichtbarer Mosaikstein in der Wahlkampagne! Sie machen damit unsere Wahlkampagne erst authentisch und erfolgreich.

So wirst du Anpackerin oder Anpacker

Wir benötigen lediglich ein Bild, den Namen und das Engagement. Idealerweise zeigt das Bild, wie du «anpackst». Egal, ob das im Musikverein, in der Familie, im Beruf oder in der Politik ist. Egal, ob du gerade Blut spendest, hinter dem PC sitzt oder mit deiner betagten Mutter am See spazierst.

Was passiert nach der Bestellung?

Unmittelbar nichts. In der etwas ruhigeren Sommerzeit erstellt das Wahlkampfteam des Generalsekretariats die Testimonials und stellt dir dein persönliches Testimonial zu. Ab dann kann man diese frei verwenden.

Wann läuft die Kampagne?

Die Testimonial-Kampagne beginnt ca. Mitte Juli.

Ziel ist es, dass wir um den Nationalfeiertag am 1. August in einigen Kanälen präsent sind. Höhepunkt unserer Kampagne ist der Tag der FDP am 2. September. Im Vorfeld dieses grossen, freisinnigen Festes wollen wir Präsenz markieren. Auch am Tag der FDP selbst werden die eingereichten Testimonials in Szene gesetzt.

Wo wird Dein Testimonial verwendet?

Das Wichtigste und Wertvollste sind Postings in den eigenen sozialen Kanälen und Netzwerken. Ich-Botschaften machen unsere Kampagne stark und lebendig. Die FDP Schweiz wird die Bilder hauptsächlich am Tag der FDP am 2. September nutzen, um die Vielfalt und das beeindruckende Engagement aufzuzeigen. Zusätzlich machen die FDP Schweiz und die Kantonalparteien punktuell Repostings der persönlichen Beiträge auf Facebook, Instagram und Twitter. Dazu ist es wichtig, dass die Posts öffentlich sind.

Tipps für einen gelungenen Testimonial-Post

Instagram: Tags: @fdp_schweiz und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken
Testimonial als öffentliche Story posten

Facebook: Tags: @fdp.dieliberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Twitter: Tags: @FDP_Liberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Whatsapp / Threema / Signal etc.
Testimonials an Kontakte senden
Whatsapp-Status-Stories posten

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter sind überzeugt, dass auch in der zweiten Jahreshälfte noch viele Herausforderungen auf sie warten. Fotos: EDA



«Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell»

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis im Doppelinterview

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis betonen die Bedeutung der Bundesverfassung für die moderne Schweiz, die veränderte Arbeit eines Mitgliedes des Bundesrats und ihre Erinnerungen an vergangene Wahlkämpfe.

Wir feiern dieses Jahr 175 Jahre Bundesverfassung. Was bedeutet das Jubiläum für Sie?

Ignazio Cassis: Sehr viel! Die Bundesverfassung hat die Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat gemacht. Damit wurde unser Zusammenhalt neu konzipiert und wir mussten eine neue Identität entwickeln. Seit 175 Jahren arbeiten wir daran: heute noch!

Karin Keller-Sutter: Mich fasziniert, wie die Bundesverfassung geschaffen wurde. Es gab da einen historischen Moment, ein «window of opportunity», wie man heute sagen würde – und die Mitglieder der Revisionskommission haben dieses genutzt. Dieser Tatkraft verdanken wir die älteste Demokratie Europas. Wir können nicht genügend dankbar sein.

Lässt sich die Arbeit der ersten Bundesräte mit Ihrer Arbeit als Bundesrat heute vergleichen? Gibt es etwas Besonderes, das gleichgeblieben ist?

Ignazio Cassis: Damals wie heute ist es für uns Bundesräte ein grosses Privileg, unserem Land eine Identität zu verleihen und unsere Zukunft zu ermöglichen. Inhaltlich sind die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft wohl kaum vergleichbar mit damals: Komplexität und Geschwindigkeit haben zugenommen. Das Departement des ersten Aussenministers Jonas Furrer umfasste nur ihn und einen Sekretär: heute arbeiten für das EDA fast 5500 Angestellte auf der ganzen Welt.

Karin Keller-Sutter: Diese neue Geschwindigkeit, die Ignazio hier beschreibt, ist Segen und Fluch zugleich. Segen, weil es heute viel einfacher ist, sich

auszutauschen und verschiedene Positionen an einen Tisch zu bringen – und sei dieser auch nur virtuell. Fluch, weil die Gefahr besteht, ob aller Geschwindigkeit die Gründlichkeit zu vernachlässigen. Als Bundesrätin muss man aber stets fokussiert sein.

Haben Sie als St. Gallerin beziehungsweise als Tessiner einen unterschiedlichen Bezug zu unseren Institutionen?

Karin Keller-Sutter: Man sollte nicht generalisieren, aber Ostschweizerinnen und Ostschweizer setzen stark auf Eigenverantwortung. Der Staat als allumsorgende Institution, die jede Delle glättet und jedes Problem für die Bürgerinnen und Bürger löst, ist ihnen fremd – und in gewisser Weise gar suspekt. Was man selber machen kann, das macht man selber. Und man trägt dann auch die Verantwortung. In diesen Tugenden erkenne ich mich als Person und als Freisinnige gut wieder.

Ignazio Cassis: Für die Tessiner und die italienisch-sprachige Bündner ist Bern sehr weit weg, sowohl geografisch – auf der anderen Seite der

Alpen – wie sprachlich. Und da die Sprache Ausdruck einer Kultur ist, gehören wir halt zu einem anderen Kulturraum. Das gilt auch für die politische Kultur. Diesen vier Sprachgemeinschaften eine gemeinsame Identität zu geben, war eben einer der Uraufgabe des neuen Bundesstaates im Jahr 1848. Dies geschieht unter anderem durch Institutionen wie den Bundesrat.

Vor 175 Jahren wurde der Grundstein für das Erfolgsmodell Schweiz gelegt. Was braucht es, damit dieses Erfolgsmodell auch in Zukunft Bestand hat?

Ignazio Cassis: Wir müssen es wollen. Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell. Wir haben den Bundesstaat gegründet, um Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit zu wahren und Wohlfahrt für uns und die künftigen Generationen herzustellen. Neben dem Recht der Freiheit steht die Pflicht zur Verantwortung. Somit entsteht das Erfolgsmodell, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung unserer Vielfalt in der Einheit zu leben. Einen guten Weg dazu zeigen die Grundwerte der FDP: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Verantwortung.

Karin Keller-Sutter: Das sehe ich sehr ähnlich. Die Verfassung hat uns Freiheit gesichert und jedem von uns auch Verantwortung gegeben. Diese Werte müssen wir beibehalten. Ich sehe – nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber seither besonders – die Tendenz, dass Freiheit mit Sorglosigkeit oder Verantwortungslosigkeit gleichgesetzt wird. Der Staat soll alles richten. Hier müssen wir wachsam sein.

Welche Rolle kann die FDP hierbei spielen?

Karin Keller-Sutter: Die FDP trägt Freiheit und Verantwortung in ihren Genen. Die Partei tut dem Land den grössten Dienst, wenn sie zu ihren Überzeugungen steht. Auch wenn das gelegentlich unbequem ist.

Ignazio Cassis: Nach der Aufklärung haben die Freisinnigen die westlichen liberalen Demokratien gegründet. Mit dem Wohlstand vergisst man aber schnell, warum es uns gut geht. Das Engagement lässt nach. Dennoch sehe ich heute sehr motivierte Jungfreisinnige und tausende von engagierten Freisinnigen in Gemeinden und Kantonen. Das macht Freude! Und motiviert Karin und mich im Bundesrat wie auch Thierry als Präsi-

dent und Damien als Fraktionschef. Die FDP muss wieder mehr als Rückgrat unseres Landes anerkannt werden.

Im Oktober finden die eidgenössischen Wahlen statt. Sie haben beide mehrere Wahlkämpfe bestritten. Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Ignazio Cassis: Ich habe mich immer gefreut, zusammen mit den Jungfreisinnigen Wahlkampf zu machen. Ich verfolge ihre Karrieren noch heute. Mit Ihnen zusammen machte Wahlkampf Freude.

Karin Keller-Sutter: Ich hatte immer Freude am Wahlkampf. Ich erinnere mich gern an die Wahlkämpfe als Regierungsrätin oder Ständerätin in meinem Kanton. An den Veranstaltungen im Säli eines Restaurants wird debattiert, man muss argumentieren und Red und Antwort stehen. Ich habe dabei sehr viel gelernt.



Die freisinnigen Bundesräte freuen sich auf Zeit mit Freunden und Familie während der Sommerpause.

«Bei Wahlkämpfen habe ich viel gelernt.»

Karin Keller-Sutter

Sie haben beide ein intensives Halbjahr hinter sich. Was erwarten Sie für die zweite Jahreshälfte? Worauf freuen Sie sich?

Ignazio Cassis: Wie üblich wird vor den Wahlen das mediale Klima noch aufgeheizter als sonst. Die zunehmende Polarisierung der Politik und der Lärm in den Sozialen Medien werden die Unruhe noch steigen lassen. Es gilt für uns, innere Ruhe und kühlen Kopf zu bewahren. Im UNO-Sicherheitsrat – wo wir aktuell tätig sind – übernehmen wir Verantwortung in einer Welt, die immer weniger global, weniger demokratisch und weniger westlich wird. Mit der EU will der Bundesrat klare und stabile Beziehungen pflegen: es geht um Handel, Stromversorgung, Forschung, Pandemiebekämpfung und schliesslich auch Sicherheit. Der Krieg in der Ukraine dauert leider an. Langweilig wird es uns nicht.

Karin Keller-Sutter: Wenn ich ehrlich bin, Ignazio, wäre ich ganz froh, es würde zur Abwechslung einmal etwas langweiliger. Im Grunde sind die Welt und die Schweiz ja seit 2020 im Dauerkrisen-Modus, ich selber habe das im ersten Halbjahr 2023 ja besonders zu spüren bekommen. Vermutlich trifft Deine Einschätzung also auch auf mich zu: Es wird nicht langweilig werden.

Bald beginnt die traditionelle Sommerpause der Politik. Wie verbringen Sie diese etwas ruhigere Zeit?

Karin Keller-Sutter: Ich hoffe, dass ich verreisen kann. Wer führt, muss auch sich selber führen. Dazu gehört ein gelegentlicher Tapetenwechsel. Und man muss die Gelegenheit schaffen, um wieder aufzutanken zu können. In den Ferien lese ich gerne: ernsthafte Bücher, aber auch Krimis. Sehr wichtig ist mir auch in der Sommerpause Zeit mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Ignazio Cassis: Ich werde wie Karin auch versuchen, etwas Ruhe zu finden. Zeit für die Familie und die Freunde zu haben, ist mir auch wichtig. Und ich liebe es, den Luganersee zu geniessen.

Interview: Marco Wölfli

Delegiertenversammlung

Klare Ja-Parole zum Klimagesetz. Fotos: Jannik Kaiser



400 Freisinnige in Kreuzlingen

Erfolgreiche Delegiertenversammlung am Bodensee

Für eine starke Wirtschaft, eine krisenfeste Schweiz und sichere Renten. Die FDP präsentierte in der Bodensee-Arena ihr Wahlkampfprogramm. Zudem fassten die Delegierten die Ja-Parole zum Klimagesetz, über das am 18. Juni abgestimmt wird. Im Hinblick auf die Wahlen im Oktober kämpft die FDP für Arbeitsplätze, nachhaltig gesicherte Renten, eine starke Armee, mehr Strom und weniger Bürokratie.



Parteivizepräsident und Nationalrat Philippe Nantermod (links) motivierte die Anwesenden für den kommenden Wahlkampf.



Gabriel Macedo, Präsident der FDP Thurgau, begrüsst die Delegierten in seinem Kanton.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Vorlage zum Klimagesetz.



Ständerat Ruedi Noser sprach über die Wichtigkeit einer krisenfesten Schweiz.



Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass sich die Schweiz auf die FDP verlassen kann.



Schweigeminute für die verstorbene alt Bundesrätin Elisabeth Kopp.



Moderator und Ständerat Damian Müller im Gespräch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter.



Parteivizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany stellte die Vision Schweiz 2050 vor.



Die zweite Delegiertenversammlung des Jahres war ein voller Erfolg. 400 Freisinnige strömten in die Bodensee-Arena.



Daniel Felber sorgte für den musikalischen Abschluss.

175 Jahre Bundesverfassung

Der Autor Thomas Lötscher und sein Buch «Demokratie mit Zukunft».



Der ehemalige Zuger Kantonsrat Thomas Lötscher hat mit «Demokratie mit Zukunft» ein Buch über die Erschaffung der modernen Schweiz geschrieben. Was ihn bei der Recherche beeindruckt hat, was er der FDP rät und was ihn besorgt, erzählt er im Interview.

Was hat Sie bewogen, ein Buch über die Entstehung der modernen Schweiz zu schreiben?

Zum einen stellte ich fest, dass die liberalen Grundwerte, die die Schweiz einst ausmachten, heute nicht mehr gleich stark verankert sind. Immer mehr Regulierungen und Verbote und gleichzeitig fehlender Respekt vor dem Rechtsstaat, Stichwort Klimakleber, machen mir Sorgen. Mit meinem Buch will ich diese Grundwerte in Erinnerung rufen. Dazu kommt, dass die meisten Menschen keinen Bezug zum Jahr 1848 haben. Ich möchte einen niederschweligen Zugang zu diesen wichtigen Ereignissen bieten.

Welche Rückmeldungen haben Sie zum Buch erhalten?

Viele positive! Besonders gefreut hat mich, dass Leserinnen und Leser das Buch nachbestellt haben, um es weiterzuverschenken. Die breite Streuung dieses elementaren Wissens war auch ein Ziel von mir.

Für die Recherche haben Sie sich vertieft mit den Geschehnissen im Jahr 1848 befasst. Was hat Sie überrascht?

Das Tempo, in dem die Grundlagen für die moderne Schweiz gelegt wurden, hat mich stark beeindruckt. Zumal Pferd und Brief die schnellsten Transport- und Kommunikationsmittel waren. Wenn man bedenkt, dass wir heute für ein kantonales Gesetz zwei Jahre benötigen, ist die Leistung noch höher einzustufen.

Gibt es einen spezifischen Grund, weshalb die liberale Revolution in der Schweiz erfolgreich war?

Eine Stärke war sicher, dass nicht nur eine Person prägend war, sondern mehrere kluge Köpfe. Die Revisionskommission, die die Verfassung erarbeitete, umfasste 23 Kantonsvertreter. Zudem war es entscheidend, dass die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung im Gleichschritt erfolgte. Der Fortschritt der Eisenbahn und der Abbau von Zöllen waren wichtige Treiber. Und schliesslich waren auch viel Glück und einige Zufälle ausschlaggebend.

Hilft das diesjährige 175-Jahr-Jubiläum, die Leistungen von 1848 bekannter zu machen?

Als ich 2018 mit meinem Buchprojekt begann, hat-

te ich das Jubiläum überhaupt nicht im Kopf und der Wissenstand über 1848 war gering. Jetzt rücken die Geschehnisse zwar etwas in den Vordergrund, aber es ist kein Vergleich zu 1991, als wir 700 Jahre Eidgenossenschaft feierten. Ich denke, nach dem Jubiläumsvorschwindet das Thema wieder aus dem Bewusstsein, wenn es nicht bewusst gepflegt und in den Schulen vermittelt wird.

Freisinnige haben die Bundesverfassung geprägt. Was kann die FDP heute von ihnen lernen?

Ein Direktvergleich ist schwierig, da die damaligen Freisinnigen extrem heterogen waren und es ganz unterschiedliche Strömungen gab. Heute ist die FDP geschlossener. Nichtsdestotrotz schadet es sicher nicht, wenn sich die FDPler von heute an den Werten von Ulrich Ochsenbein orientieren: Schlanker Staat und Hochhalten des Föderalismus.

Wie lässt sich das konkret umsetzen?

Es ist nicht einfach. Jede Politiker-Generation will gestalten und das heisst meist regulieren. Wir Freisinnige sollten wieder mehr Werbung für unser freiheitliches Erfolgsmodell machen und aufzeigen, welchen Mehrwert eine liberale Schweiz bietet.

«Demokratie mit Zukunft» ist in erster Linie ein Sachbuch, aber es hat fiktionale Einschübe, die auffallen. Was steckt dahinter?

Die kleinen Geschichten dienen dazu, trockene Themen wie Gewerbe- oder Niederlassungsfreiheit anschaulich zu erklären. Zudem war es beim Schreiben eine willkommene Abwechslung zum faktenbasierten Stil des Sachbuchs.

Sie thematisieren auch mögliche Gefahren für Demokratien. Halten Sie die Schweizer Demokratie für gefährdet?

Mir macht Sorgen, dass sich die Menschen nicht mehr engagieren und der Demokratie gegenüber gleichgültig werden. Das würde unserem System schaden. Ich rechne aber nicht damit, dass irgendein «Schnurri» kommt und die Schweiz zu einer Diktatur macht. Dafür sind unsere Institutionen zu gefestigt.

Interview: Marco Wölfli

Thomas Lötscher (Jahrgang 1968) ist Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Zug. Zuvor war er 14 Jahre Kantonsrat. Das Buch Demokratie mit Zukunft ist im Weber Verlag erschienen und ist im Buchhandel oder direkt bei Thomas Lötscher (t.loetscher@datazug.ch) für 29 Franken plus Versandkosten erhältlich.

Die Sommeression dauert bis am 16. Juni. Foto: Parlamentsdienste



Die Zeit drängt

Sommeression mit drei dringenden Geschäften

Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden immer älter und die Wirtschaft verändert sich stark. Dies setzt die Infrastruktur und die Sozialsysteme unter Druck. Löst man diese Probleme heute nicht, dann droht morgen Ungemach.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber die Einwohner der Schweiz werden immer älter. Was für den Einzelnen toll ist, hat grosse Konsequenzen für uns alle. Denn je länger wir leben, desto mehr AHV-Rente wird bezogen. In der ersten Säule spart aber nicht jeder für sich selbst, sondern die Kosten werden durch Beiträge von den Menschen, die arbeiten, und über Steuern bezahlt. Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen. Dies führt in Zukunft dazu, dass die AHV in Schieflage gerät. Ohne Gegenmassnahmen droht Ungemach. Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder es fällt Geld für Bildung, Armee oder andere Staatsaufgaben weg. Dies ist beides keine befriedigende Lösung und belastet künftige Generationen.

Die Jungfreisinnigen haben darum eine Volksinitiative lanciert, die das AHV-Alter an die Lebenserwartung koppeln möchte. Dies ist klug, denn wenn wir länger arbeiten, zahlen die Menschen

mehr Beiträge und beziehen kürzer Rente. Dadurch kann das System stabilisiert und an die sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden. In der Sommeression kommt diese wichtige Initiative in den Nationalrat. Leider können die anderen Parteien sich aber nicht überwinden, die FDP in dieser wichtigen Frage zu unterstützen. Man scheut sich, den Wählern reinen Wein einzuschenken, und will keinen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten. Dieser hätte das bewährte Mittel der Schuldenbremse aufgenommen und diese für die AHV adoptiert. Dass die «bürgerlichen Partner» SVP, die Mitte und die GLP sich hier schwertun, ist eine Schande.

Notwendiger Ausbau im Agglomerationsverkehr

Es wird in der Sommeression aber nicht nur an der Zukunft der Altersvorsorge gearbeitet. Zwei grosse Infrastrukturvorhaben sollen Engpässe bei der Strasse und der Schiene beheben. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 11,6 Milliarden Franken in

«Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen.»

Angriff genommen werden. Damit soll der Verkehr endlich wieder rollen. Daneben sollen aber auch 1,6 Milliarden in den Agglomerationsverkehr fließen. Es ist klar, dass beide Schritte nötig sind, um den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung nachzukommen. Die Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen funktioniert ohne leistungsfähige Strassen in abgelegenen Gegenden nicht. Die linke und die rechte Ratsseite müssen sich endlich bewusst werden, dass das Auspielen von Strasse gegen Schiene ein Irrweg ist. Es braucht beide Verkehrsträger. Was es hingegen nicht braucht, ist unökologischen und teuren Stau.

Mantelerlass auf der Zielgeraden

Eine weitere Runde dreht der Mantelerlass. Das Gesetzesvorhaben, das die Versorgungssicherheit mit Elektrizität in den kommenden Jahren sichern soll, kommt wieder in den Ständerat. Läuft alles nach Plan, dann ist dieses wichtige Projekt im Herbst beendet und kann so bald wie möglich in Kraft treten. Dank diesem Gesetz kann mit dem Ausbau der vernachlässigten Stromproduktion begonnen werden und die Schweiz ist einen Schritt näher an einer Stromversorgung, die diesen Namen verdient.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Basel-Stadt mit seiner starken Pharmaindustrie gehört zu den Kantonen, die von der OECD-Mindeststeuer besonders stark betroffen sind. Foto: iStock/Gabriel Brodbeck



Ja zur OECD-Mindeststeuer

Zusätzliche Mittel in der Schweiz behalten

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die nationale Umsetzung der OECD-Steuerreform ab. Damit sollen internationale Grossunternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro künftig zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Setzt die Schweiz diese Mindeststeuer nicht um, dürfen andere Staaten die fehlenden Steuern zu sich holen. Die Ausgangslage ist klar: Nur mit einem Ja behalten wir die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz.

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen international künftig einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent. Darauf haben sich rund 140 Staaten inklusive der Schweiz in einem Projekt der OECD/G20 geeinigt. Bundesrat, Parlament und die Kantone sind der Meinung, dass dieser Weg gangbar ist und die Nachteile verkraftbar sind. Mit der Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen vor Zusatzbesteuerung und Steuerverfahren im Ausland geschützt.

Eine Lösung der Vernunft

Das schweizerische Umsetzungsprojekt ist sowohl positiv wie auch negativ. Es ist eine Vernunftlösung. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht, und ob damit tatsächlich mehr Steuerfairness erreicht wird, ist längst nicht sicher. Wenn die Schweiz von ihren grossen Firmen mindestens 15 Prozent Gewinnsteuer nach den Vorgaben der OECD verlangt, dann bleiben die Steuereinnahmen in der Schweiz, andere Staaten erhalten kein Besteuerungsrecht. Deshalb ist die Umset-

zung der Mindeststeuer im Interesse der Schweiz. Alle anderen Lösungen würden Steuersubstrat vernichten.

Kritiker behaupten, die Mindestbesteuerung, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, sei ungerecht und dass nur wenige wohlhabende Kantone profitieren würden. Das ist falsch: Die Einnahmen aus der Mindeststeuer werden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden geteilt. 25 Prozent stehen dem Bund zu. 75 Prozent bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Zudem werden die Zusatzeinnahmen im Nationalen Finanzausgleich berücksichtigt. So profitieren alle Kantone von Mehreinnahmen.

Von linker Seite kommen auch sachlich falsche Argumente. So unterstellt die SP, die eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen stets gefordert hat, dass der Bund nach einem Nein am 18. Juni die exakt gleiche Vorlage noch einmal vors Volk bringt, diesmal mit einem höheren Bundesanteil. Demokratie- wie staatspolitisch wäre das höchst fragwürdig, schliesslich kennt niemand mit Sicherheit die Beweggründe der Stimmenden.

Standort Schweiz weiter stärken

Der Kompromiss, wie er nun vorliegt, beruht auf einer hart erarbeiteten Einigung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und wurde nach intensiven Beratungen von den eidgenössischen Räten so beschlossen. Ein höherer Bundesanteil ginge zulasten von Kantonen, Städten und Gemeinden. Das könnte dazu führen, dass die Kantone auch eigene Steuererhöhungen umsetzen, deren Erträge nicht geteilt werden. Der Bund ginge leer aus. Eine Neuauflage würde zudem langwierige innenpolitische Verhandlungen erfordern.

Von der Verwendung der Zusatzeinnahmen würden nur Firmen und Reiche profitieren, so das unsachlichste Argument der Kritiker. Fakt ist, dass sich die Schweiz – auch dank einer attraktiven Steuerpolitik – in den letzten 30 Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt hat mit einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich nicht öffnet, sondern schliesst. Die Löhne sind rekordhoch, die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen etwa im Sozial- und Bildungswesen und dem Service Public massgeblich finanziert. Es ist die Schweizer Bevölkerung, die davon profitiert, dass die Rahmenbedingungen für die Firmen in der Schweiz gut sind. Und diesen Standorterfolg gilt es deshalb unbedingt zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen. Ein Ja am 18. Juni garantiert, dass die Steuermilliarden aus der Mindestbesteuerung in der Schweiz bleiben. Davon profitieren alle.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Für einen wirksamen Klimaschutz

Ja zum Klimagesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über das Klimagesetz ab. Die FDP sagt Ja zu einem guten Kompromiss, weil es unseren Forschungsstandort stärkt, Lösungen bietet und zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 beiträgt.

Das Verdikt in Kreuzlingen war deutlich: Mit 234 Ja zu 51 Nein bei 5 Enthaltungen fassten die Delegierten der FDP Schweiz die Ja-Parole zum Klimagesetz. Das Klimagesetz, über das am 18. Juni abgestimmt wird, ist ein klassisch schweizerischer Kompromiss. Als indirekter Gegenvor-

schlag zur Gletscherinitiative übernimmt das Klimagesetz die Ziele des Volksbegehrens, verzichtet aber auf die weitgehenden Forderungen wie zum Beispiel ein generelles Verbot fossiler Energien. Das Klimagesetz dagegen setzt hauptsächlich auf Anreize statt Verbote, Innovation statt Technolo-

gieverweigerung und Eigeninitiative statt staatlicher Intervention. Darüber hinaus sieht der Gegentwurf zwei Programme vor, die in der Initiative nicht enthalten waren. Mit dem Technologie- und Innovationsprogramm wird die Schweizer Wirtschaft im Strukturwandel unterstützt.

Griffige Massnahmen statt Verbote

Beteiligte Unternehmen erhalten Unterstützungsgelder von insgesamt 1,2 Mrd. Franken. Diese Investitionen stärken den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. Mit dem Sonderprogramm für den Heizungsersatz werden 2 Mrd. Franken zur flächendeckenden Heizungsanierung zur Verfügung gestellt. Das Rahmengesetz ist nicht perfekt, aber es ist pragmatisch. Denn die komplexen Probleme unserer Zeit erfordern pragmatische Lösungen. So können wir unsere Ziele mit einem Gesetz erreichen, das ernsthafte und greifbare Massnahmen vorsieht und gleichzeitig auf eine Verbotspolitik sowie neue Steuern und Abgaben verzichtet. Durch eine flexible Umsetzung schafft das Gesetz Planungssicherheit und lässt gleichzeitig einen erheblichen Handlungsspielraum, insbesondere für Unternehmen. Das Gesetz skizziert tatsächlich den Weg zum Netto-Null-Ziel bis 2050. Die Schweiz hat sich auf internationaler Ebene mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet, das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Die FDP unterstützt diesen Ansatz und sagt deshalb Ja zum Klimagesetz.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

3x JA

Ja zur OECD-Reform
 Ja zum Innovation- und Klimagesetz
 Ja zum COVID-19 Gesetz

FDP
 Die Liberalen

18. Juni
Abstimmung



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir 70% der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy



Die Mitarbeitenden des Generalsekretariats kämpfen täglich gemeinsam für eine liberale Schweiz.
Foto: Alessia Wehrli



Das Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern ist die Drehscheibe der Partei. Hier laufen die Fäden der FDP zusammen, hier läuft der freisinnige Motor auf Hochtouren. Ein Streifzug durch die vielfältigen Leistungen, die das Generalsekretariat erbringt.

Während frühmorgens noch zahlreiche Pendler durch die Berner Neuengasse eilen, hat Generalsekretär Jon Fanzun bereits die erste Telefonkonferenz mit der Parteileitung um Parteipräsident Thierry Burkart hinter sich. Damit die unterschiedlichen Themen und Aufgaben der FDP optimal bespielt werden können, ist ein regelmässiger Austausch zwischen der politischen Leitung der Partei und der operativen Ebene im Generalsekretariat mit seinen 25 Mitarbeitenden unerlässlich.

Vollgas für den Wahlkampf

Während Jon Fanzuns Tage durch Sitzungen, Mails, Telefonate und kurzfristige Entscheidungen durchgetaktet sind, rauscht sein Stellvertreter und Wahlkampfleiter Adrian Michel durch den langen Büro-Korridor. Die Wahlen rücken näher und sein Puls steigt wöchentlich. Was kommt in den nächsten Newsletter für die Kandidierenden? Wo steht die Agentur mit der Gestaltung der Hauswurfsendung? Welche Themen wollen wir in den nächsten Wochen bespielen und worauf muss die FDP mit klaren Positionen reagieren? Diese und unzählige Fragen stellt und beantwortet Michel oft innerhalb

einer Stunde eines durchschnittlichen Arbeitstages. Zusammen mit seinem Team schwört er das ganze Generalsekretariat auf den Wahlkampf ein und orchestriert mit grossem Einsatz und immer unter Strom die FDP-Wahlkampagne. Schliesslich gilt es am 22. Oktober ein hoch gestecktes Ziel zu erreichen: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen.

Einsatz für den Abstimmungssieg

Bevor im Oktober der Höhepunkt des Schweizer Polit-Jahres ansteht, finden am 18. Juni die nächsten Abstimmungen statt. Als Campaignerin im Kampagnenteam hat sich Sara Figuera diesen Termin in der Agenda dick angestrichen. Damit eine Abstimmungskampagne ins Rollen kommt, braucht es sorgfältige Vorbereitung und danach heisst es Dranbleiben bis die Abstimmungsurnen schliessen. Sara Figuera, die sich um die Koordination des Abstimmungskampfes in der Romandie kümmert, organisiert Testimonials, schreibt Argumentarien, wertet Umfragen aus und bereitet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Podien und Medienauftritte vor.

Wissen im Hintergrund

Lange bevor eine Abstimmungsvorlage an die Urne kommt, vertiefen sich die wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Fraktionsteams darin. Sie haben den Überblick über die unzähligen Parlamentsgeschäfte und wissen stets welcher Vorstoss sich in welchem parlamentarischen Stadium befindet und welche Themen in den Kommissionen aktuell sind. Geht es um die Themen Gesundheitspolitik, Altersvorsorge und Verkehr ist Matia Demarmels die richtige Ansprechperson im Generalsekretariat. Als Verantwortlicher der Verkehrs- und Fernmeldekommission sowie der Sozial- und Gesundheitskommission kennt sich Demarmels mit den Regulierungen im Gesundheitswesen ebenso aus wie mit den Ausbauplänen für Strasse und Schiene. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter steht er im regen Austausch mit den Fraktionsmitgliedern, bereitet Geschäfte vor und schreibt Vernehmlassungen. Seine Arbeit bleibt meist im Hintergrund und doch braucht es für politische Mehrheiten oft öffentliche Aufmerksamkeit. Verfasst Matia Demarmels beispielsweise eine Fraktionsmotion, soll diese auch mediale Aufmerksamkeit generieren.

Kommunikation auf allen Kanälen

Hierfür arbeitet er Hand in Hand mit Kommunikationschef Arnaud Bonvin zusammen. Gemeinsam formulieren sie eine Medienmitteilung, die die wichtigsten Punkte des Anliegens aufnimmt und möglichst viel Wiederhall in den Medien findet. Längst bespielt die FDP nicht nur die klassischen Medien, sondern auch die breite Palette von Social Media. Dort gilt die Devise: Video first. Arnaud Bonvin schickt also unseren Mediamatiker Jannik Kaiser mit der Kamera ins Bundeshaus. Dort trifft er ein Mitglied der FDP-Fraktion für eine Videoaufnahme zu den Forderungen der Fraktionsmotion, damit das Anliegen auch auf Social Media Gehör findet. Nicht immer verläuft die Arbeit auf dem Generalsekretariat nach klaren Terminen und Plänen.

Oft genug kommt es aber vor, dass die Aktualität alles über den Haufen wirft und Improvisation gefragt ist. Gerade dann kommt die Stärke des Generalsekretariats aber erst recht zum Vorschein. Die Teams greifen wie Räder ineinander und innert kurzer Zeit ist die FDP auf Kurs und besetzt die richtigen Themen mit der richtigen Botschaft.

Marco Wölfli

Neu gewählt

Anne Hiltbold gewann für die FDP den zweiten Regierungssitz im Genfer Staatsrat zurück.



«Ich kenne nur Frauenmehrheiten»

Anne Hiltbold ist neue Genfer Staatsrätin

Bisher war Anne Hiltbold in der Exekutive der Stadt Carouge, neu ist sie Teil der Genfer Kantonsregierung. Im Interview spricht sie über Druck im Vorfeld der Wahl, wieso ihre ruhige Art kein Nachteil ist und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit nötig sind.

Ende April wurden Sie vor drei Bisherigen in den Genfer Staatsrat gewählt. Wie erklären Sie sich diese Glanzwahl?

Die Wahl ist die Folge einer tollen Kampagne zusammen mit der wiedergewählten Staatsrätin Nathalie Fontanet. Wir beide haben uns optimal ergänzt und die Bevölkerung mit konkreten Vorschlägen in Bezug auf die Kaufkraft und spezifisch Eltern angesprochen. Zudem habe ich meine Kampagne in den sozialen Medien mit vielen Kurzvideos zu meinen Ideen und über meine Wahlkampfveranstaltungen geführt.

Erklärtes Ziel der FDP Genf war es, den zweiten Regierungssitz zurückzugewinnen. Haben Sie deshalb Druck verspürt?

Ich spürte einen gewissen Druck, gerade auch weil es viele Kandidierende und im ersten Wahlgang kein Bündnis gab. Ich wäre sehr enttäuscht

gewesen, wenn es aus diesem Grund nicht geklappt hätte.

Worauf freuen Sie sich als Staatsrätin am meisten?

Ich freue mich auf mein Departement, die Bildungsdirektion, aber auch auf die Mitarbeitenden und darauf, Ideen aus dem Wahlkampf in der Praxis umzusetzen.

Im Genfer Staatsrat gibt es neu eine Frauenmehrheit, die Stadtregierung von Carouge, der Sie angehörten, besteht sogar ausschliesslich aus Frauen. Gibt es Unterschiede zu Gremien mit einer Männermehrheit?

Ich bin stolz darauf, Teil einer Frauenmehrheit im Staatsrat zu sein. Da ich in Exekutiven war, die ausschliesslich oder mehrheitlich von Frauen besetzt waren, kenne ich es gar nicht anders. Ich bin überzeugt, dass auch die neue Konstellation des

«Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung.»

Staatsrates gut funktionieren wird. Wenn ich dabei mithelfen kann, dass Frauen in Führungspositionen nicht mehr als Ausnahme wahrgenommen werden, umso besser! Ich muss aber auch zugeben, dass eine Veranstaltung der FDP Frauen ausschlaggebend war, mich definitiv für die Kandidatur zu entscheiden.

In den Medien wurden Sie teilweise als ruhig und zurückhaltend beschrieben. Müssen Sie Ihren Stil ändern, um in der teilweise lauten Kantonspolitik zu bestehen?

Ich denke, das Wichtigste ist, sich selbst zu bleiben. Es stimmt, dass laute Parolen nicht unbedingt meinem Charakter entsprechen, aber meine Persönlichkeit hat mich nicht daran gehindert, gewählt zu werden. Viele Menschen haben mir geschrieben, dass Sie mein Einfühlungsvermögen und meine Authentizität im Wahlkampf geschätzt haben. Ich glaube deshalb nicht, dass ich meinen Stil ändern muss. Wichtig ist es, klare Ziele zu haben und Entscheidungen zu treffen, hinter denen ich stehen kann.

Als stellvertretende Generalsekretärin der Genfer Immobilienkammer sind Sie mit dem Thema Wohnungsknappheit vertraut. Welche Massnahmen braucht es, um die Wohnungsnot zu lindern?

Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung. Insbesondere müssen wir höher bauen und mit dem Boden sparsamer umgehen. Es muss auch möglich sein, bestehende Gebäude aufzustocken. Wichtig wären auch passende Wohnungen für Senioren, damit sie ihre oft zu grossen Wohnungen zugunsten von Familien freigeben können.

Die Wahlerfolge von Ihnen und Nathalie Fontanet zeigen, dass die Genfer Bevölkerung FDP-Kandidatinnen vertraut. Ist das ein positives Zeichen im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober?

Ich hoffe es! Mit der Kandidatur von Simone de Montmollin für den Ständerat und den anderen fünf Persönlichkeiten, die für den Nationalrat kandidieren, sind wir gut aufgestellt. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Oktober das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

OECD-Mindeststeuer



JA

Klima-Gesetz



JA

Covid-Gesetz

Ja zum Covid-Gesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz zum dritten Mal über das Covid-Gesetz ab. Das Parlament entschied sich Ende 2022, einzelne Bestimmungen des befristeten Covid-Gesetzes bis Mitte 2024 zu verlängern. Dabei geht es unter anderem darum, dass der Bund wichtige medizinische Güter beschaffen oder herstellen kann und Ausnahmen bei der Einführung von Heilmitteln gewährt werden können. Ebenfalls soll die Swiss-Covid-App weiterhin international

kompatibel bleiben, falls andere Länder Massnahmen verhängen. Die FDP hat der Verlängerung mit grossem Mehr zugestimmt. Für die FDP war ausschlaggebend, dass gefährdete Personen und das Gesundheitssystem nötigenfalls rasch geschützt werden können und die Reisefreiheit bewahrt werden kann, falls andere Länder Einschränkungen beschliessen. Die Parteipräsidentenkonferenz hat am 5. Mai die Ja-Parole beschlossen.



KOLUMNE

Unheilige Allianz zum Schaden der Schweiz



Die ausserordentliche Session zur Rettung der Credit Suisse war ein trauriges Beispiel für die Selbstdarstellung von gewissen Parlamentsmitgliedern.

Die Rettung der Credit Suisse ist ein einschneidendes Ereignis für unser Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft. Garantien in der Höhe von 109 Milliarden Franken sind kein alltägliches Geschäft und die ausserordentliche Session war deshalb wichtig und notwendig. Die FDP hatte von Beginn weg eine klare und kritische Haltung. Auch ich bin wütend auf das Topmanagement der Credit Suisse und kritisch gegenüber der staatlichen Intervention, die nötig war. Zudem Sorge ich mich um die vielen Angestellten. Es ist ausserdem frustrierend, dass die 2008 beschlossenen Regulierungen nicht ausreichten, um ein erneutes Eingreifen des Bundes zu verhindern.

Die FDP hat auch kritische Fragen gestellt, aber darob niemals ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vergessen und sich stets für eine konstruktive Politik eingesetzt. Dazu gehört auch eine gewisse Bescheidenheit. Denn noch ist nicht restlos geklärt, was die genauen Auslöser und Umstände waren, die die CS-Rettung notwendig gemacht haben, und welche Massnahmen nun tatsächlich ergriffen werden müssen.

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr, weil es der Daseinszweck einer Partei ist, der Bevölkerung zu dienen. Leider haben in der ausserordentlichen Session nicht alle Parteien diese Verantwortung wahrgenommen. Die Ablehnung der CS-Kredite durch SVP und Linksgrün war feige, da die Finanzdelegation bereits zugestimmt hat. Die Polparteien konnten also gefahrlos Nein sagen, ohne Konsequenzen zu fürchten. Paradoxe Weise war das nur möglich, weil eben die Finanzdelegation ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Die FDP ist die Partei, die Verantwortung übernimmt und die Arbeit erledigt. Das haben wir einmal mehr unter Beweis gestellt.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

NEU: ALLWETTERLEICHTPLAKATE® AUS RECYCLINGMATERIAL

Gestalten Sie Ihre Aussenwerbung noch nachhaltiger mit unseren Allwetterleichtplakaten® aus Recyclingmaterial:

- 600g/m² Hohlkammerplatten mit hohem Recyclinganteil
- Weisse Vorderfläche, graue Rückseite – bessere Opazität
- 100% wetterfest und 100% recycelbar
- Erhältlich für alle Formate (Standard, Freeform, Faltschilder)

Allwetterleichtplakat®
Von A1 bis F4 erhältlich.



Allwetterleichtplakat® Freeform
In jeder Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/recycling-awlp

gedruckt in der
schweiz



flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei